



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

zu 6.1 Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05389

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Neunte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023

- zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Claudia Schmidt (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage Neunte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2023/05795
-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung wird entsprechend der skizzierten Schulbezirksveränderungen gemäß „Anlage 4 Kartenausschnitte der Schulbezirksveränderungen“ angepasst. Dabei werden das markierte Gebiet an der Guldenstraße sowie das markierte Gebiet im südlichen Rosengarten an der Industriestraße dem Schulbezirk der Friedensschule zugeschlagen.

~~Anlage 4: Wobei statt dem Gebiet hinter der Guldenstraße, der südliche Rosengarten dem Gebiet Friedensschule zugeschlagen wird (analog Karte 4), damit ein sicherer Schulweg gegeben ist.~~

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 6.2 Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05462**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale) – gemäß Anlage 1.
2. Die Kostenbeiträge werden im Rhythmus von 2 Jahren an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

zu 6.4 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, Schulsozialarbeit vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 - Prioritätensetzung
Vorlage: VII/2023/05327

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt nach Änderung

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die kommunal geförderten Schulsozialarbeitsmaßnahmen:

in Höhe von **692.670,00** ~~690.250,00~~ EUR für den Zeitraum vom 01.08.2023 bis 31.12.2023,

in Höhe von **894.670,00** ~~892.470,00~~ EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.07.2024,

auf die einzelnen Schulformen gemäß Anlage A.

2. die Förderung bzw. Teilförderung der in Anlage B unter den laufenden Nummern 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 09, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 27, 28, 29, 31 aufgeführten Schulsozialarbeitsmaßnahmen entsprechend der in Spalte „Vorschlag Förderung ab 01.08.2023 bis 31.07.2024 in EURO“ angegebenen Höhe, vorbehaltlich einer Nichtförderung im Rahmen des ESF+-Landesprogramms „Schulerfolg sichern“ für diesen Zeitraum. Die Förderung bzw. Teilförderung gemäß Satz 1 steht für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.07.2024 unter dem Vorbehalt, dass Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

3. die Ablehnung bzw. Teilablehnung der Anträge mit den laufenden Nummern 19, 20, 24, 25, 26, 30 der Anlage B.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Pop-up-Freiräumen im Stadtgebiet (Außenbereich)
Vorlage: VII/2023/05507**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt nach Änderung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche bereits durch Jugendliche und junge Erwachsene genutzten Freiräume innerhalb des Stadtgebietes für temporäre Freiraum-Treffpunkte „draußen“ (sog. Schlupfwinkel) im Sinne der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022 – 2025 sowie des Präventionskonzeptes „Stark ins eigene Leben“ geeignet wären.
2. Die Stadtverwaltung prüft darüber hinaus, welche städtischen Grundstücke temporär für Freiraum-Treffpunkte „draußen“ zur Verfügung stehen.
3. Die Standorte, die als geeignet eingeschätzt wurden, werden in Absprache und unter Einbeziehung der Jugendlichen mit Materialien (z.B. Paletten, Sitzgelegenheiten), die beispielsweise über die städtischen Wertstoffhöfe gewonnen werden können, ausgestattet.
4. **Zur Umsetzung der Beschlusspunkte 1-3 wird angeregt die im Aufbau befindliche Arbeitsgruppe Pop-up-Freiräume der Stadtverwaltung um interessierte Vertreter*innen des Stadtschüler- sowie des Kinder- und Jugendrates, den Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale), eine Person aus dem Team Streetwork, eine Person aus dem Freiraumbüro Halle (Saale) sowie eine*n Vertreter*in des Jugendhilfeausschusses zu erweitern. Je nach Bedarf sollen weitere geeignete Vertreter*innen der betroffenen Zivilgesellschaft hinzugezogen werden.**
5. Der Stadtrat Jugendhilfeausschuss wird im Juni-September 2023 über den Umsetzungsstand informiert.



hallesaale^{*}
HÄNDELSTADT

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Pop-up-Freiräumen im Stadtgebiet (Außenbereich) (VII/2023/05507)
Vorlage: VII/2023/05782**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich abgelehnt <i>2 Ja / 5 Nein / 8 Enthaltungen</i>
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt <i>5 Ja / 2 Nein / 8 Enthaltungen</i>
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt <i>3 Ja / 2 Nein / 10 Enthaltungen</i>

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche bereits durch Jugendliche und junge Erwachsene genutzten Freiräume innerhalb ~~des Stadtgebietes~~ **aller 42 Stadtteile/Stadtviertel** für temporäre Freiraum-Treffpunkte „draußen“ (sog. Schlupfwinkel) im Sinne der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022 – 2025 sowie des Präventionskonzeptes „Stark ins eigene Leben“ geeignet wären.
2. Die Stadtverwaltung prüft darüber hinaus, welche städtischen Grundstücke temporär für Freiraum-Treffpunkte „draußen“ zur Verfügung stehen. **Außerdem sind in Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen und Wirtschaftspartnern nicht mehr benötigte und nicht genutzte Hallen bzw. Gebäude einzubeziehen, die vor allem für sportliche Freizeitmöglichkeiten genutzt werden können.**



3. Die Standorte, die als geeignet eingeschätzt wurden, werden in Absprache und unter Einbeziehung der Jugendlichen **der Wohngebiete, durch den Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat** mit Materialien (z.B. Paletten, Sitzgelegenheiten), die beispielsweise über die städtischen Wertstoffhöfe gewonnen werden können, ausgestattet.
4. Der Stadtrat wird im Juni 2023 über den Umsetzungsstand informiert

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Pop-up-Freiräumen im Stadtgebiet (Außenbereich) (VII/2023/05507)
Vorlage: VII/2023/05828**

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche bereits durch Jugendliche und junge Erwachsene genutzten Freiräume innerhalb des Stadtgebietes für temporäre Freiraum-Treffpunkte „draußen“ (sog. Schlupfwinkel) im Sinne der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan für die Leistungen der Jugendhilfe (§§ 11 - 14, 16 SGB VIII) für die Jahre 2022 – 2025 sowie des Präventionskonzeptes „Stark ins eigene Leben“ geeignet wären.
2. Die Stadtverwaltung prüft darüber hinaus, welche städtischen Grundstücke temporär für Freiraum-Treffpunkte „draußen“ zur Verfügung stehen.
3. Die Standorte, die als geeignet eingeschätzt wurden, werden in Absprache und unter Einbeziehung der Jugendlichen mit Materialien (z.B. Paletten, Sitzgelegenheiten), die beispielsweise über die städtischen Wertstoffhöfe gewonnen werden können, ausgestattet.
4. **Zur Umsetzung der Beschlusspunkte 1-3 wird angeregt die im Aufbau befindliche Arbeitsgruppe Pop-up-Freiräume der Stadtverwaltung um je zwei-interessierte Vertreter*innen des Stadtschüler- sowie des Kinder- und Jugendrates, den Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle (Saale), eine Person aus dem Team Streetwork, eine Person aus dem Freiraumbüro Halle (Saale) sowie eine*n Vertreter*in des Jugendhilfeausschusses erweitert zu erweitern. Je nach Bedarf sollen weitere geeignete Vertreter*innen der betroffenen Zivilgesellschaft hinzugezogen werden.**
- 4.5. Der ~~Stadt~~**rat-Jugendhilfeausschuss** wird im Juni-~~September~~ **2023** über den Umsetzungsstand informiert.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Personalsituation im Bereich Jugendgerichtshilfe
Vorlage: VII/2023/05508**

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie hoch der personelle Mehrbedarf im Bereich Jugendgerichtshilfe ist. Dieser ist in konkreten Stellenanteilen und Funktionsbezeichnungen auszuweisen.
2. Die Mitglieder des Stadtrates werden spätestens in der Sitzung des Stadtrates im August 2023 über die Ergebnisse informiert. Nicht besetzte, bereits vorhandene Stellenanteile im Stellenplan 2023, sind unter Angabe des Stichtages in die Darstellung mit einzubeziehen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Weiterbildungsbedarf der Mitarbeiter*innen des Bereichs Jugendgerichtshilfe im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2023/05509**

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie hoch der Fortbildungsbedarf bei den Mitarbeiter*innen des Bereiches Jugendgerichtshilfe in welchen konkreten Bereichen und/oder zu welchen konkreten Themen ist. Die Kosten für diesen Fortbildungsbedarf sind zu kalkulieren.
2. Das Prüfergebnis ist den Mitgliedern des Stadtrates spätestens in der Sitzung des Stadtrates im August 2023 vorzulegen.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

03.07.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

**zu 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vermittlung von Minijobs an Jugendliche und junge Erwachsene
Vorlage: VII/2023/05519**

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche sinnvollen und angemessenen Mittlerfunktionen zwischen jungen Menschen, die einen Minijob suchen und Anbietern, die Minijobs vergeben, entwickelt werden können. Es ist zu prüfen, ob das Haus der Jugend, Vertreter*innen von Schulen sowie Jugend- und Freizeitanbieter*innen in Betracht kommen können.

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer



A u s z u g
aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.06.2023:

zu 7.5 Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen fairen Zugang zur Kindertagesbetreuung für benachteiligte Kinder
Vorlage: VII/2023/05529

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt nach Änderung**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, ~~einen Konzept~~ **Maßnahmenplan** zur Verbesserung der Teilhabe von Kindern mit Migrationsgeschichte sowie Kindern von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss an Angeboten der frühkindlichen Bildung **sowie an Angeboten der Schulhortbetreuung** zu erstellen. ~~Deras Konzept~~ **Maßnahmenplan** soll sich insbesondere auf die folgenden ~~Ziele~~ **Aspekte** konzentrieren:

- Abbau von Informationsdefiziten im Bereich Bürokratie/Anmeldung
- Abbau von Informationsdefiziten im Bereich Nutzen und Chancen frühkindlicher Bildungsangebote **sowie Schulhortangebote**
- Abbau von Informationsdefiziten im Bereich Beitragsübernahme
- Abbau zielgruppenspezifischer bürokratischer Hürden
- Abbau von Hindernissen zur Wahrnehmung von Beratungsangeboten
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilität in Kindertageseinrichtungen

Bei der Erarbeitung des ~~Konzepts~~ **Maßnahmenplanes** sind die Aspekte Mehrsprachigkeit/Sprachbarrieren, Verständlichkeit (einfache und Leichte Sprache), Zugänglichkeit sowie die Rolle von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft zu berücksichtigen. ~~Deras~~ **Maßnahmenplan** ~~Konzept~~ soll insbesondere sicherstellen, dass Informationen und Beratungsangebote nicht nur passiv zur Verfügung gestellt, sondern auch aktiv und gegebenenfalls auf unkonventionelle Weise an die Zielgruppen herangetragen werden.

~~Das Konzept~~ **Der Maßnahmenplan** ist dem Jugendhilfeausschuss sowie dem Stadtrat spätestens Ende 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Jugendhilfeausschuss ist ~~im Abstand von zwei Monaten regelmäßig~~ **halbjährlich** über den Fortschritt der ~~Erstellung~~ **Umsetzung** zu informieren.



hallesaale^{*}
HÄNDELSTADT

F.d.R.

René Lukas
stellv. Protokollführer